

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 pbbn d

Inhalt

Hans Kolo MdL zum Entsorgungsnotstand: Ausweitung der Kernenergie-Nutzung verstößt gegen geltendes Recht.

Seite 1

Konrad Gilges MdB zum Umgang mit den Kölner „Edelweiß-Piraten“: Aktiv gegen Hitlers Regime.

Seite 3

Peter Büchner MdB zu den Koalitions-Versprechungen gegenüber den Sportvereinen: Endlich Steuererleichterungen gewähren.

Seite 4

43. Jahrgang / 12

19. Januar 1988

Entsorgungsnotstand!

Ausweitung der Kernenergie-Nutzung verstößt gegen geltendes Recht

Von Hans Kolo MdL

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Jede Ausweitung der Nutzung der Kernenergie verstößt zum jetzigen Zeitpunkt gegen geltendes Recht. Das Atomgesetz schreibt zwingend die Klärung der Entsorgungsfrage vor. Davon kann derzeit aber nicht die Rede sein, wie der akute Entsorgungsnotstand, der durch den Transnuklear-Skandal aufgedeckt wurde, belegt.

Es besteht derzeit keine Chance, die steigenden Mengen radioaktiven Mülls ohne Endlager sicher und geordnet zu deponieren. Und die Situation wird sich noch verschärfen, wenn ab dem Jahr 1992 die in La Hague und Sellafield lagernden Atommüllbestände von der bundesdeutschen Atomindustrie zurückgenommen werden müssen. Weder das Lager in der Grube Konrad noch das Endlager Gorleben werden bis dahin zur Verfügung stehen.

Der kriminelle Sumpf um Transnuklear ist nicht nur mit der „Suche“ nach „billigen“, da bei weitem nicht den gesetzlichen Bestimmungen für Transport und Lagerung plutoniumhaltiger Abfälle entsprechenden Möglichkeiten der „Entsorgung“ erklärbar.

Vielmehr wird hier ein akuter und dramatischer Entsorgungsnotstand offenbar, auch wenn die Kernenergiebetreiber dies verneinen. Umso mehr müssen jetzt die Konsequenzen gezogen werden. Das bedeutet für Bayern: die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Isar II muß unter diesem Gesichtspunkt überprüft werden. Von einem Abbruch des Reaktors Niederaichbach ist unbedingt abgesehen, da damit der Bestand an radioaktivem Müll unnötig ausgeweitet wird, während die radioaktiven Materialien derzeit vergleichsweise sicher eingeschlossen sind.

Völlig unverantwortlich ist angesichts dieser Lage eine Inbetriebnahme der Wiederaufarbeitungsanlage, die das Volumen des angelieferten Atommülls auf mehr als das Zehnfache aufbläht: bei 700 Jahrestonnen angelieferten Brennstäben fallen nach Wiederaufbereitung mehr als 10.000 Tonnen radioaktiven Mülls an.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kernenergie-Umsatz
im öffentlichen Eigentum
Recycling-Papier



Der Entsorgungsnotstand, die fehlende Endlagermöglichkeit und der wachsende Atommüllberg sind einer von drei Hauptpunkten eines siebenseitigen Fragenkatalogs, den die Arbeitsgruppe „Transnuklear“ der SPD-Landtagsfraktion auf ihrer Klausurtagung Mitte Januar erarbeitet hat. Die insgesamt 68 Einzelfragen, die sich mit der bayerischen Komponente des Transnuklear-Skandals und deren Auswirkungen auf die Nutzung der Kerntechnik in Bayern beschäftigen, werden Umweltminister Dick zu dessen Bericht am 21. Januar 1988 im Umweltausschuß des Bayerischen Landtags zugeleitet.

Die beiden weiteren Fragenkomplexe beschäftigen sich zum einen mit der Kontrolle des Transports über bayerische Grenzen und der Lagerung radioaktiver Stoffe in Bayern, zum anderen mit der Zuverlässigkeit der Betreiber kerntechnischer Anlagen.

So wird beispielsweise die Verantwortlichkeit der Staatsregierung für alle nuklearen Transporte in Bayern hinterfragt. Wissen wollen wir aber auch, wie hoch das radioaktive Potential in Bayern ist und wie es sich auf die Kernkraftwerke und die anderen - zum Teil privatwirtschaftlichen - Stellen verteilt, die Umgangsgenehmigungen für radioaktive Substanzen haben.

Die bisherigen Auskünfte der Staatsregierung lassen vermuten, daß die zuständigen Behörden keineswegs durchblicken, sondern mit der Stange im Sumpf der zutage getretenen Illegalität herumstochern.

Besonders kritisch unter die Lupe nehmen will die SPD-Fraktion die vielfältigen Verflechtungen innerhalb der Atomwirtschaft, aber auch die Verbindungen personeller, vertraglicher und antelmäßiger Art bis hin zu den staatlichen Genehmigungs- und Kontrollstellen, die nach Meinung der Sozialdemokraten die Bestechungsaffäre erst möglich gemacht haben. Man kann sich ohnehin nur wundern, warum überhaupt Bestechungsgelder geflossen sind. Die Abhängigkeiten innerhalb der großen Atomfamilie hätten solches überflüssig gemacht. Sicher ist, daß eine echte und wirksame Kontrolle bei diesen Verfilzungen überhaupt nicht möglich war. (-/19.1.1988/vo-ha/rs)

* * *



Aktiv gegen Hitlers Regime

Zum Umgang mit den Kölner „Edelweiß-Piraten“

Von Konrad Gilges MdB

Mehr als 30 Jahre bestand in Köln ein offener Streit über die Frage, ob Aktionen in einer Jugendgruppe während der Nationalsozialistischen Herrschaft nun als Widerstand zu bewerten seien oder als schlichte kriminelle Handlungen. Was ist der geschichtliche Hintergrund für diese Auseinandersetzung?

Im November 1944 wurden der siebzehnjährige Bartholomäus Schink und weitere Jugendliche in Köln-Ehrenfeld ohne Gerichtsurteil öffentlich erhängt. Barthel Schink gehörte zu einer Gruppe, die Juden vor Verfolgungen versteckte, die Lebensmitteldiebstähle und Sabotageakte beging, die auch Nationalsozialisten bedrohte und einen Ortsgruppenleiter erschoss, ein Waffenlager anlegte, um beim Einmarsch alliierter Truppen aktiv an der Befreiung der Stadt mitzuwirken. In der Vergangenheit waren viele Bürgerinnen und Bürger, darunter auch viele Sozialdemokraten, der Meinung, daß diese Jugendlichen als Widerstandskämpfer zu erkennen seien. Doch die offizielle Anerkennung blieb aus. Nach langem politischen Streit wurde vielmehr eine Straße nach Bartholomäus Schink benannt und eine Gedenkstätte am Ort der Hinrichtung errichtet.

Der Streit veranlaßte im Jahre 1984 den nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Schnoor, ein Gutachten in Auftrag zu geben. Dieser Tage wurde dieses Gutachten der Öffentlichkeit vorgelegt. Darin kommen die Autoren zu der Auffassung, daß es sich nicht um einen „auf hoher ethischer Gesinnung basierenden, aus politischem Verantwortungsbewußtsein gewachsenen Widerstand“ gehandelt habe. „Vermutlich wird nun ein Mythos zerstört“, bemerkte einer der Gutachter, der Historiker Bernd Rusinek, „aber es ist besser, wenn die Linke ihre Mythen selbst zerstört“.

Man sollte dieser Auffassung zustimmen, auch wenn man eine wissenschaftliche Differenzierung von „Widerstandsleistungen“ ablehnt. Denn eines bleibt bestehen: Im Gegensatz zu vielen anderen wideretzten sich die Kölner Jugendlichen aktiv einem Unrechtsregime, auch wesentlich früher als viele andere heute so gefeierte Widerstandskämpfer. Es ist berechtigt, an ihren persönlichen Widerstand durch Gedenkstätten zu erinnern, leben wir doch in einer Zeit, in der das Vergessen zur Methode erklärt wurde, und die „Gnade der späten Geburt“ die Runde macht.

Nebenbei sei bemerkt, daß viele Streitpunkte überflüssig gewesen wären, wenn der Regierungspräsident in Köln auch sogenannten „linken Historikern“ - auch ohne offiziellen Auftrag - alle Unterlagen über die Handlungen der Jugendgruppe im 3. Reich zur Verfügung gestellt hätte. Eine behördliche Ignoranz hat dazu beigetragen, Wunden zu schlagen, die hoffentlich nach der Vorlage des Gutachtens schnell und ohne Nachwirkungen verheilen werden.

Schließlich: Das Düsseldorfer Gutachten darf nicht mißbräuchlich dazu benutzt werden, ausschließlich politisch begründete Aktionen als Widerstand zu definieren. Vielmehr sei auch nochmals an dieser Stelle an den Stiftungsgedanken der SPD für NS-Verfolgte erinnert. (-/19.1.1988/vo-ha/rs)



Versprechungen gegenüber dem Sport erfüllen**Die Koalition muß Steuererleichterungen gewähren**

Von Peter Büchner MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Sportausschuß des Deutschen Bundestages

Ob es 1988 eine Chance für Steuererleichterungen und Steuervereinfachungen für den Sport gibt, kann sich bereits am Mittwoch in der Sitzung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages entscheiden. Dann wird dort nämlich der bereits vor mehr als einem dreiviertel Jahr von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachte Antrag „Steuerliche Erleichterungen für Sportvereine und andere gemeinnützige Vereine“ (Drs. 11/124) endlich auf der Tagesordnung stehen.

Wir Sozialdemokraten wollen erreichen, daß nach jahrelangen Diskussionen endlich die Versprechungen gegenüber dem Sport erfüllt werden, die auch die Regierungsparteien seit 1979 immer wieder gemacht haben. Deshalb soll der Sportausschuß dem federführenden Finanzausschuß die Empfehlung geben, dem SPD-Antrag zuzustimmen.

Sollten die Koalitionsparteien von CDU/CSU und FDP mit Ihrer Mehrheit dies verweigern, wäre das eine neue Dimension des Wortbruchs gegenüber dem Sport. Nach fünfenehalb Jahren konservativer Regierung ist der Sport immer mehr unter die Räder gekommen. Die Enttäuschung und Resignation bei den mehr als 1,3 Millionen ehrenamtlichen Mitarbeitern des Sports wächst zusehends. Dazu kommt, daß viele Städte und Landkreise durch die verfehlte Steuerpolitik der Bundesregierung immer weniger in der Lage sind, den Breiten- und Vereinssport wirksam zu unterstützen und die Sportanlagen zu unterhalten.

Bisher haben die CDU/CSU und die FDP - ebenso wie Finanzminister Dr. Stoltenberg - ihre Verweigerungsstrategie gegenüber den Forderungen des Deutschen Sportbundes und den Anträgen der SPD-Bundestagsfraktion mit einer 1985 eingesetzten Kommission zur Überprüfung des Gemeinnützigkeitsrechts begründet, die bis heute ihren Bericht immer noch nicht vorgelegt hat, obwohl der Parlamentarische Staatssekretär Häfele allein im Vorjahr dafür mehr als ein halbes Dutzend Termine genannt hat.

Bis dieser Bericht endlich vorliegen wird, bis er dann ausgewertet und diskutiert sein wird, bis die Regierung darüber Schlüsse gezogen haben wird, bis sie dann eventuell einen Gesetzesentwurf zur Änderung des bisherigen Gemeinnützigkeitsrechts vorgelegt haben wird, bis die Parlamente von Bundestag und Bundesrat und ihre Ausschüsse den Entwurf dann in jeweils drei Lesungen beraten haben werden, bis ein neues Gesetz dann in Kraft getreten sein wird - darüber können und werden noch Jahre vergehen. Diese Verzögerungstaktik der Regierung und der Koalitionfraktionen kann der Sport nicht hinnehmen. Die verantwortlichen Spitzenfunktionäre müssen sich jetzt ohne Rücksicht auf parteipolitische Bindungen oder Präferenzen klar und eindeutig zu dieser Regierungspolitik äußern.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung und die Koalitionsparteien nachdrücklich auf, jetzt endlich von der Bremse zu steigen: Es ist höchste Zeit, die dringend notwendigen Erleichterungen und Vereinfachungen für den Sport zu beschließen!

(-/19.1.1988/ru/fr)

* * *